



DER FREIE BAUER

LANDWIRTSCHAFTSZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

Foto: pixabay

IM GESPRÄCH:

Dr. Manfred Haimbuchner

Im Interview mit dem „Freien Bauern“ spricht FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner über den Erfolgsweg der freiheitlichen Politik in Oberösterreich und die Handlungsfelder in diesem Jahr.

Seiten 10-11



Preisexplosion und Ukraine-Krise:

Landwirtschaft in der Krise!

Seiten 4-5

VERZÖGERUNGSTAKTIK BEI KENNZEICHNUNG

Die Bundesregierung verspricht seit mehr als zwei Jahren die Einführung einer Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel.

Seite 6

UKRAINE: DIE UNRUHIGE KORNKAMMER EUROPAS

Die Ukraine blickt auf eine bewegte Geschichte zurück und der Konflikt mit den Russen hat jahrhundertealte Wurzeln.

Seite 12-13

MANFRED HAIMBUCHNER WIEDERGEWÄHLT

Beim 35. Ordentlichen FPÖ-Landesparteiabend wurde Manfred Haimbuchner mit 93,4 Prozent erneut zum Landesparteiobmann gewählt.

Seiten 17

AKTIONSPAKET GEGEN DIE TEUERUNG

Der FPÖ-Landtagsklub hat im oberösterreichischen Landtag ein Aktionspaket gegen die Teuerungswelle eingebracht.

Seite 19

Österreichische Post AG - SP 07Z037583S

Ausgabe 01/22 (28.04.2022)

Der Freie Bauer - Landwirtschaftszeitung für Oberösterreich
Freiheitliche Bauernschaft OO, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Kontakt: redaktion@derfreiebauer.info, www.derfreiebauer.info



Foto: ianfotografa

FREIHEITLICHE BAU EU-Green heimische

„Wenn der Green Deal so wie geplant umgesetzt wird, entzieht die EU der heimischen Landwirtschaft die Existenzgrundlage“, so kritisieren FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner und Landesobmann der Freiheitlichen Bauernschaft Franz Graf den EU Green Deal.

So verlangt die EU im Green Deal etwa von den Bauern minus 50 Prozent chemischer Pflanzenschutz und minus 25 Prozent Kunstdünger. „Wirtschaftlich leistbare Alternativen zu den erprobten Düngemitteln stellt die EU aber keine in Aussicht“, kritisiert Graf. „Das ist in höchstem Grade unseriös!“

Gleichzeitig soll auch die Nutzung von landwirtschaftlichem Grund durch die EU reglementiert werden: Mindestens zehn Prozent der Produktionsfläche soll nicht mehr bewirtschaftet werden („Öko-Flächen“). In Österreich sind es aufgrund des nationalen Umweltprogrammes sieben Prozent (in Deutschland sogar nur drei Prozent). Auf mindestens 25 Prozent der Produktionsflä-

SINNESWANDEL: ÄNDERUNG DER EU-AGRARPOLITIK

Bauernbund für Korrektur

Der Bauernbund hat freiheitliche Forderungen zur Korrektur der EU-Agrarpolitik übernommen. Der FPÖ-Agrarsprecher Peter Schmiedlechner begrüßt den Schritt.

„Bauernbundpräsident Strasser ist nun auch für eine Kurskorrektur in der europäischen Agrarpolitik. Es ist erfreulich, dass Strasser meine Forderung übernommen hat,

was zumindest die Flächenstilllegung der Agrarflächen betrifft. Jetzt muss es aber auch zu einer Umsetzung dieser Ankündigung kommen“, so NAbg. Schmiedlechner.

„Es muss nun zusätzlich zu weiteren notwendigen Maßnahmen kommen, damit man mindestens einen Teil der Folgen des Ukraine-Konflikts abfedern kann. So ist nicht nur die sofortige Änderung in der GAP notwendig. Um die umfassende Selbstversorgung der eigenen Bevölkerung nämlich auf längere Zeit sichern zu können, ist vor allem eine Stärkung der heimischen landwirtschaftlichen Produktion unabdingbar. In dieser Frage kommen aber von Seiten der ÖVP-Ministerin Köstinger keine konkreten Lösungsvorschläge“, kritisierte der FPÖ-Agrarsprecher.



STUDIE SIEHT DRAMATISCHEN RÜCKGANG BEI BRUTVÖGELN:

Spatzensterben in Europa

Wissenschaftler haben von 1980 bis 2017 Daten von 378 der 445 in der EU heimischen Vogelarten ausgewertet. Demnach sind in fast 40 Jahren rund 600 Millionen Brutvögel verschwunden. Besonders betroffen ist der Haussperling

mit einem Rückgang von 247 Millionen, gefolgt von der Schafstelze mit 97 Millionen und der Feldlerche mit 68 Millionen Exemplaren. Das Verstummen der Haussperlinge hat verschiedene Ursachen, etwa der Verlust von Brutplätzen.

Foto: pixabay.com

WESENTLICHER FAKTOR IN MÖGLICHEN KRISEN:

Private Krisenvorsorge

„Aufgrund der derzeit herrschenden Lage in Russland und der Ukraine müssen wir im schlimmsten Fall mit Auswüchsen wie in etwa Blackout oder einer atomaren Bedrohung rechnen. Es gilt die Befürchtungen, Ängste und Fragen der Bevölkerung ernst zu nehmen und ihnen Möglichkeiten des Schutzes, insbesondere des

persönlichen Schutzes zu bieten“, schildert der Vizepräsident des Zivilschutzverbandes OÖ, LAbg. Michael Gruber die derzeitige Situation. „Ich verweise auch auf den wesentlichen Faktor der privaten Vorsorge, denn gewisse Entwicklungen können bereits im Vorfeld ruhig vorbereitet werden“, so Gruber weiter.



Foto: pixabay.com

VERSICHERUNG FORDERT POLITIK MIT HAUSVERSTAND EIN:

Deal sofort aussetzen und die Bauern spürbar entlasten

chen soll zudem nur noch Bio-Landwirtschaft erlaubt sein. „Dabei ist es unstrittig, dass ein erhöhter Anteil von Bio-Landwirtschaft nicht in der Lage ist, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu sichern. Wir werden nach dem Willen der EU also Nahrungsmittel aus Ländern mit geringeren Produktions- und Klimaschutzstandards importieren müssen“, ist sich Manfred Haimbuchner sicher.

Insgesamt schätzen Experten, dass die landwirtschaftliche Produktion in der EU durch den Green Deal um zehn bis 20 Prozent sinken wird und dass es zu einem Verlust von etwa 140 Milliarden Produktionswert kommen wird. Gleichzeitig müsste die EU die Importe verdoppeln.

„Diese Art der Klima- und Landwirtschaftspolitik ist unverantwortlich und ideo-



Foto: pixabay.com / Collage: DFB

logiegetrieben und wird die heimische – und auch die EU-Landwirtschaft – ruinieren. Ganz abgesehen davon, dass auch das durch die EU selbst gesteckte Ziel, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, um den Preis einer Auslagerung in Drittstaaten erreicht wird“, so Haim-

buchner und Graf weiter. „Man verlagert das Problem ins Ausland und gefährdet die Ernährungssicherheit eines ganzen Kontinentes und macht Europa damit noch abhängiger von Importen. Besonders in Krisenzeiten ist dies eine gefährliche Entwicklung.“

STUDIE UNTERSUCHTE EINFLUSS VON HUNDEN:

Studie: Überdüngung von Flächen durch Hundekot

Belgische Forscher haben die Nährstoffeinträge durch Hunde untersucht. Die Höhe der Belastung hat sie überrascht. Die Auswirkungen sind hoch.

Nährstoffeinträge durch die Landwirtschaft sind seit Jahren ein großes Thema. Immer wieder werden die Düngegesetze verschärft. Für viele Naturschutz-

und Wasserschutzgebiete sind hohe Stickstoff- und Phosphorimmissionen ein Problem. In der politischen Debatte lag die Schuld

bislang ausschließlich bei der Landwirtschaft. Forscher der belgischen Universität Ghent haben nun eine neue Quelle der Überdüngung in den Fokus genommen: Hundstrümmel.

In einer Studie haben sie die Nährstoffeinträge durch Hunde vor allem in Stadtnähe untersucht. Dabei zeigte sich, dass die Hunde ebenfalls stark zur Nährstoffbelastung beitragen können. Jeder Hund hinterlässt geschätzt 11 kg Stickstoff (N) und 5 kg Phosphor (P) pro Hektar.



Foto: pixabay.com



TIROL GEGEN WILDEREI:

Allianz gegen Wildtierkriminalität

Der WWF, der Tiroler Jägerverband und der Naturschutzbund haben eine Allianz gegen Wildtierkriminalität gegründet, mit dem Ziel der Bekämpfung illegaler Verfolgung geschützter Tierarten. Die Gründung erfolgte nach mehreren Vorfällen von Wilderei, Wolfsabschüssen und illegaler Fallenverwendung, sowie illegaler Abschüsse. Damit will Tirol die Bevölkerung zunächst für die Bedürfnisse der geschützten Wildarten sensibilisieren.



KOMMENTAR

Ing. Franz Graf

VERSORGUNG SICHERN

Es bedarf offenbar einer Pandemie und eines Krieges bis Österreichs Politik versteht, dass Eigenversorgung weder von selbst übernommen wird, noch dass es sie gratis gibt. In unserem Landwirtschaftsgesetz steht sie übrigens als politisch verpflichtend festgeschrieben. Ob das auch unsere Ministerin weiß? Sie erweckt viel zu oft den Anschein, als sei sie für alles mögliche zuständig, aber nicht für Landwirtschaft. Dabei ist jetzt der Zeitpunkt für entscheidende Weichenstellungen, wie die durchgängige Kennzeichnung für Lebensmittel auch in der Gastronomie. Der Konsument will nicht länger betrogen werden und die Bauern wollen Fairness am Markt. Gerade in solch herausfordernden Zeiten. Es herrscht Unsicherheit bei der Versorgung und bei der Preisentwicklung für unsere wichtigsten Betriebsmittel. Eine abgesenkte Besteuerung für Agrardiesel, sowie die Entschärfung des Green Deals lässt auf sich warten. Diese Maßnahmen sind aber entscheidend für eine Eigenversorgung. Dafür wandelt sich der Lebensmittelmarkt erstmals seit Jahrzehnten zu einem Verkäufermarkt. Das Preisdiktat des Handels und ein auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein, sollte vorbei sein. Molkereien und Fleischverarbeiter haben wieder mehr Alternativen am Markt. Wir erwarten, dass sie das nützen. Dann kommt auf unseren Höfen die Wertschöpfung an, von der Politiker in Sonntagsreden so oft reden.

UKRAINE-KRISE BEFEUERT ENTWICKLUNG, DIE BEREITS LANG

Landwirtschaft in der Krise: Teuer

Kriegsgefahr, Flüchtlinge, Energiepreise: Die Bundesregierung befindet sich nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im rhetorischen Krisenmodus. Echte Maßnahmen gegen die Krise, wie etwa das Aussetzen des EU Green Deals, oder Steuersenkungen passieren aber nicht.

Auch wenn es bereits Überlegungen zur teilweisen Aussetzung des Green Deals bei der EU-Kommission gibt, ist eine Entscheidung noch nicht absehbar. Doch ist bereits klar, dass auch ohne Ukraine-Krieg die europäische Landwirtschaft durch die Auswirkungen des EU Green Deals massiv betroffen ist. Insgesamt schätzen Experten, dass die gesamte landwirtschaftliche Produktion in der EU durch den Green Deal um zehn bis 20 Prozent sinken wird und dass es zu einem Verlust von etwa 140 Milliarden Produktionswert kommen wird. Gleichzeitig müsste die EU die landwirtschaftlichen Importe

verdoppeln. Die Landwirtschaft, aber auch die gesamte Lebensmittelkette ist zudem aktuell mit massiven Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Energie, Kraftstoff, Düngemittel und Logistikproblemen konfrontiert. Das Gebot der Stunde sind also kurz- und langfristige Maßnahmen der Bundesregierung und der EU zur Stabilisierung der Agrarerzeugung.

WEIZENPREIS

Dramatisch sehen etwa unsere nördlichen Nachbarn die mögliche Entwicklung, wenn die Politik nicht umgehend eingreift. Der Vizepräsident

des Bauernverbands Schleswig-Holstein, Klaus-Peter Lucht, hatte den Medien gesagt, er rechne insgesamt mit einem Anstieg der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 20 bis 40 Prozent. Einige Produkte könnten sogar dauerhaft nicht mehr verfügbar sein, wie Sonnenblumen- und Rapsöl, sagte Lucht weiter. „Durch den Ukraine-Krieg wird es diese bald nicht mehr im Supermarkt geben.“ Diese Lebensmittel stammen vorwiegend aus der Ukraine. Auch beim Weizen sind die Auswirkungen dramatisch: Während der Preis im Vorjahr bei etwa 200 Euro pro Tonne lag, hat er mittlerweile die 400-Euro-Grenze überschrit-

ten. Das Problem: Knapp 30 Prozent der weltweiten Weizen-Exporte stammen aus Russland und der Ukraine. Und bereits heute ist klar: Das wird durch die unmittelbaren Kriegsfolgen sehr viel weniger.

Die dramatische Teuerung ist aber nicht erst durch den Ukraine-Konflikt ausgelöst

TEUERUNGSWELLE

worden, sondern auch durch das katastrophale Versagen der Politik bei den Corona-Maßnahmen. Tatsächlich rollt die Teuerungswelle bereits seit vergangem Jahr über Österreichs Höfe. Noch nie in der Geschichte der europäischen Währungsunion war die Inflation so hoch. Im Januar 2022 (vor dem Ukraine-Krieg!) lag sie bei 5,1 Prozent – aktuell bereits bei über sechs Prozent. Die stärksten Inflationstreiber



DURCH DEN EU GREEN DEAL WERDEN
BETRIEBSMITTEL FÜR LANDWIRTE
DEUTLICH TEURER - UNTER ANDEREM
BETRIFFT DIES DÜNGEMITTEL.



△ Speiseöl ist eines der Produkte, die durch den Ukrainekrieg knapp sind.

Immer mehr Menschen werden durch die enormen Kosten belastet. ▷

E VORHER ABSEHBAR WAR - MASSNAHMEN SIND NOTWENDIG:

Preisspirale und Politikversagen

sind nach wie vor die Energiepreise. Allein die Preissprünge bei Düngemitteln und Treibstoffen führen dazu, dass die Produktionskosten im Ackerbau um 20 bis 30 Prozent steigen. Unter diesen Bedingungen können viele Landwirte die Produktion gar nicht mehr aufrecht erhalten und müssen möglicherweise sogar aufgeben – trotz hoher Agrarpreise. Diese Kostenlawine ist für Bauern und Verbraucher kaum noch zu stemmen, denn die Erlöse und die Einkommen steigen nicht in dem selben Tempo mit. Und wenn sie das täten, würde die Preisspirale immer weiter nach oben getrieben und wir landen bei zweistelligen Inflationsraten wie zuletzt in den 1970er Jahren.

Derweil übt sich die heimische Politik in Person der zuständigen Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) vor allem

in Beschwichtigungen: Es seien derzeit durch den Ukraine-Krieg und die damit verbundenen EU-Sanktionen gegen Russland „unmittelbar keine direkten Auswirkungen“ für den heimischen Agrar- und Lebensmittelbereich zu erwarten. „Die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln ist in Österreich auf jeden Fall gewährleistet“, so Köstinger weiter. Das kann man gelinde gesagt, als naiv bezeichnen, wenn man die Marktentwicklung betrachtet. Den nächsten Satz von Köstinger müssten aber alle Bauern – und ausnahmsweise sogar die treuesten Bauernbündler – als puren Hohn empfinden: „Indirekt können die steigenden Betriebsmit-

BESCHWICHTIGUNG

tel- und Energiepreise sowie erwartete Störungen auf den globalen Agrarmärkten na-

türlich Auswirkungen in der EU haben, wenn die kriegsrische Auseinandersetzung länger andauert.“ Ein großer Trost für die betroffenen Landwirte dürfte aber sein, dass im Ministerium ein Krisenstab eingerichtet worden ist, der die Situation genau beobachtet. Das wird den heimischen Bauern sehr helfen! Abseits jeden Zynismus zei-

KRISENREAKTION

gen die diversen Krisenszenarien der letzten Jahre, dass die europäische und heimische Landwirtschaft krisenanfällig ist. Gleichzeitig ist der Wille und die Fähigkeit der Politik, angemessen auf Krisen zu reagieren enorm gesunken. Daher gilt nach wie vor generell, dass Österreich nur frei sein kann, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungs-

grad von 100% mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Die größtmögliche Widerstandsfähigkeit gegen Krisen kann für Österreich nur in einer familiär-bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken erreicht werden. Mit dem entsprechenden politischen Willen könnten sowohl die EU, als auch die österreichische Politik die Auswirkungen sowohl der Teuerung, als auch des Ukraine-Krieges abfedern. Umfassende Steuersenkungen und größere Ausgabendisziplin beim Staat wären zum Beispiel ein guter Anfang – aber davon wollen weder die Volkspartei noch ihr grüner Wurmfortsatz etwas wissen. Wichtiger ist es stattdessen das „Klima zu schützen“. Aber wenn die Bauern aufgeben mussten, dann nützt uns auch ein geschütztes Klima nichts mehr!



Foto: Internet



Foto: Internet



ENERGIE- UND LEBENSHALTUNGSKOSTEN
WERDEN IMMER TEURER, AUCH DIE
INFLATIONSRATE STEIGT IN UNBEKANNTE
HÖHEN. MASSNAHMEN DER POLITIK SIND NOTIG!

Foto: Internet

MARKTKRISE WIRD IMMER SCHLIMMER:

Getreidepreise steigen

Die Ukraine-Krise sorgt für erhebliche Schwankungen der Getreidepreise. Analysten halten einen erneuten raschen Anstieg auf über 400 Euro/t für möglich.

Neben den anhaltenden Lieferproblemen vom Schwarzen Meer kommen wachsende Bedenken und Sorgen über die nächste Weizenerte hinzu. Die Weizenpreise schwanken seit der russischen Invasion in der Ukraine extrem stark.

Nachdem die Notierungen aufgrund der ersten Waffenstillstandsverhandlungen nachgaben, stiegen die Preise wegen der befürchteten globalen Versorgungskrise wieder deutlich an.

Immer mehr Marktteilnehmer erwarten, dass der Krieg



in der Ukraine noch eine ganze Zeit andauern wird. Das Land wird von März bis Juni voraussichtlich nur noch 200.000 Tonnen Weizen exportieren können. Immer mehr Getreidehändler befürchten zudem die Folgen, die die Kriegsschäden für die Logistik und die neue Aussaat bedeuten.

Die Getreideernte der Ukraine im Jahr 2022 wird voraussichtlich um 55 % auf nur noch 38,9 Millionen Tonnen

einbrechen, da die Aussaatfläche durch den Krieg deutlich schrumpft. Der Getreideexport in der nächsten Saison könnte um rund ein Drittel auf 30 Millionen Tonnen sinken, darunter 10 Millionen Tonnen Weizen weniger und 19 Millionen Tonnen Mais.

Foto: pixabay.com / Collage: DFB



„ZUSTÄNDIGKEITS-PING-PONG“ BEI ÖVP UND GRÜNEN

Bundesregierung verschiebt Herkunftskennzeichnung

Vollmundig versprach die schwarz-grüne Bundesregierung im Jänner 2020 im Koalitionsvertrag zwischen ÖVP und Grünen, die Einführung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung. Zwei Jahre später ist aus dem Versprechen eine Verschleppungstaktik geworden.

In der ÖVP hat klar die Wirtschaft das Sagen. Der Bauernbund erzählt den Bauern zwar immer etwas anderes, Fakt ist aber: der Handel und die Lebensmittelindustrie wollen keine Herkunftskennzeichnung. Daher hört sich die Willenserklärung zur Herkunftskennzeichnung von ÖVP und Grünen im Koalitionsvertrag gut an, ist aber das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht.

Dabei war die Einigung auf eine Herkunftskennzeichnung bereits auf den aller kleinsten, gemeinsamen Nenner reduziert und lautet: „Verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung (öffentlich und privat) und in verarbeiteten Lebensmitteln ab 2021“. Getan hat sich freilich nichts seitdem. Verschiedene Ausreden gab es vor allem von ÖVP-Seite: es koste zuviel, die techni-

sche Umsetzung sei kompliziert und Corona verzögere alles natürlich.

Dabei zeigen bereits verschiedene verarbeitende Lebensmittelbetriebe auf freiwilliger Basis, dass sowohl die technische Umsetzung, möglich ist und der Endverbraucherpreis nicht wesentlich steigt. Der Hintergrund

INDUSTRIE DAGEGEN

dürfte vielmehr sein, dass die „big player“ in der Lebensmittelindustrie dann nicht mehr in der Lage sind, billige Ausgangsprodukte zu „verstecken“ und so den Gewinn zu maximieren. Gleichzeitig ist eine verpflichtende Kennzeichnung Gift für jegliche Art von Freihandelsabkommen, wie etwa CETA oder TTIP.

Den schwarz-grünen Peter schieben sich aber die Grünen und die ÖVP gegenseitig zu: es sei das grüne Gesund-

DROHENDE UNTERVERSORGUNG BEI EIERN MÖGLICH

Die Geflügelwirtschaft fordert die Handelspartner dringend dazu auf, endlich aufwandsgerechte Eierpreise zu bezahlen, den Tierhaltern damit Planungssicherheit zu geben und eine drohende Unterversorgung bei Eiern abzuwenden.



HARTWEIZEN: ITALIENER BEFÜRCHTEN „PASTA-KRISE“

Die italienischen Nudelhersteller klagen über Mangel an Hartweizen für die Pasta-Herstellung. Durch die Missernte im Hauptexportland Kanada, aber auch in Frankreich fehlen auf dem Weltmarkt geschätzt zwei bis drei Millionen Tonnen.



Fotos (2): pixabay.com



EU-MESSSTELLENCHAOS:

Nitrat im Grundwasser messen

Mit Blick auf die Nitratbelastung haben sich die EU-Abgeordneten für eine Harmonisierung der Messung in der EU ausgesprochen. Es müsse sichergestellt werden, dass die Daten aus verschiedenen Mitgliedstaaten vergleichbar seien, so eine Entschließung, die in Straßburg mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.

Nach Ansicht der Parlamentarier sollten Wasserschutzmaßnahmen auf tatsächlichen Daten zur Wasserqualität und nicht auf theoretischen Modellen beruhen.

Foto: freepik.com



DIE BUNDESREGIERUNG SPIELT AUF ZEIT, WENN ES UM DIE UMSETZUNG EINER PFLICHTENDEN HERKUNFTSKENNEICHUNG FÜR LEBENSMITTEL GEHT.

Foto: pixabay.com (Collage: DFB)

ND GRÜNEN:

schleppt die ng

heitsministerium zuständig, sagt die ÖVP. Die Grünen wiederum sehen das schwarze Landwirtschaftsministerium in der Pflicht, welches auf das ebenfalls schwarze Wirtschaftsministerium verweist. In diesem „Zuständigkeits-Ping-Pong“ verliert sich dann effektiverweise jede Initiative. Inzwischen steigt aber auch bei der grünen Basis der Unmut über die Verzögerungstaktik. Aber auch prominenterer Grüne, wie etwa der oberösterreichische Grünen-Chef Stefan Kaineder bringen sich nun in die Diskussion ein und erhöhen den Druck auf ihre Kollegen in Wien. Das schwarze Agrarministerium reagierte einigermassen verschlüsselt auf die Kritik aus dem Land ob der Enns: „Auf unser Drängen sind wir jetzt dort wo wir sind, nämlich kurz vor der Umsetzung. Der Grüne Landesrat sollte sich zuerst bei den eigenen Leuten informieren, bevor er gegen uns und das Wirtschaftsministerium, die übrigens nicht für die Umsetzung zuständig sind, poltert“, heißt es aus dem Agrarressort.

PROJEKT „INS.ACT“ WILL INFORMIEREN:

Heimische Insektenvielfalt soll verbessert werden

Mit dem Projekt „INS.ACT“ will der Umweltdachverband das Bewusstsein stärken und die Umsetzung von Maßnahmen vor Ort fördern.

Der gemeinhin als „Insektensterben“ bezeichnete Rückgang der Insektenfauna beträgt laut mitteleuropäischen Studien rund fünf Prozent pro Jahr. Mittlerweile sind nicht nur spezialisierte Arten bestimmter Lebensräume betroffen, sondern insbesondere auch Fluginsekten, darunter wichtige Bestäuber für Wild- und Nutzpflanzen. In Österreich gibt es allerdings der-

zeit keine Monitoring-Studien und eine Datenlage existiert nur zu ausgewählten Insektenordnungen. Im Rahmen der Biodiversitäts-Initiative Ministeriums, möchte der Umweltdachverband gemeinsam mit Schulen und Gemeinden vor allem Impulse für ein aktives Engagement im Insektenschutz setzen. Ziel ist es, die Bedeutung von Insekten für das Ökosystem zu verdeutlichen. Wenn es gelingt, Sektoren, wie Verkehr, Landwirtschaft, Bauwesen oder Tourismus für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, wird sich die Insektenvielfalt wieder erholen.



Foto: pixabay.com
Fotos (2): privat

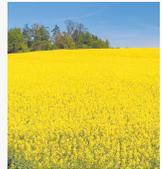
KRITIK AM ANTI-TEUERUNGSPAKET DER REGIERUNG

Es brodelt in der ÖVP: Die VP-Bauernvertreter üben heftige Kritik am Anti-Teuerungspaket der Regierung. Die schwarzen Bauern beklagen, dass „massiven Kostensteigerungen auf vielen Ebenen“ nicht Rechnung getragen werde.



RAPSPREISE: KRIEG LÖST MARKTCHAOS AUS

Der Rapsmarkt bleibt angesichts des Ukraine-Krieges weiter sehr angespannt. Die Preise stiegen inzwischen auf über 1.000 Euro/t. Die Aussaat in der Ukraine im Spätsommer 2022 wird angesichts des Krieges wohl ebenfalls sehr kompliziert.



ÜBER 500 STUDIEN IN GANZ EUROPA WURDEN AUSGEWERTET:

Was Biolandwirtschaft wirklich leisten kann - und was sie nicht leisten kann

Insgesamt 528 Studien aus den Jahren 1990-2018 zur biologischen Landwirtschaft wurden von der BOKU ausgewertet und interpretiert.

Die Mehrheit von 69 Prozent dieser Studien konnten eine größere Artenzahl von Vögeln auf biologisch bewirtschafteten Flächen feststellen, 31 Prozent hingegen stellten keinen eindeutigen Effekt fest. 63 Prozent der Studien stellten auch eine größere Biomasse an Regenwürmern auf solchen Flächen fest, 32 Prozent hingegen keinen signifikanten Unterschied und fünf Prozent sogar einen höheren Anteil an Regenwürmern auf nicht-biologisch bewirtschafteten Flächen. Der Stickstoffaustrag

war – auf die Fläche bezogen – in 64 Prozent der Studien bei der biologischen Landwirtschaft geringer, bei den Lachgasemissionen stellten 57 Prozent der Studien einen positiven Effekt fest. 20 Prozent hingegen stellten bei nicht-biologisch bewirtschafteten Flächen eine geringere Lachgasemission fest und elf Prozent der Studien trafen diese Feststellung bezüglich des Stickstoffaustrages. Jeweils ein Viertel der Studien

konnte allerdings keinen signifikanten Unterschied feststellen.

In bezug auf die Artenanzahl und Quantität von Insekten stellten überraschenderweise nur 41 Prozent der Studien einen deutlichen Vorteil der biologischen Landwirtschaft fest, 59 Prozent hingegen konnten keinen eindeutigen Unterschied ausmachen. Eindeutiger sind hingegen die Ergebnisse bei der Tierhaltung: So stellten 65 Prozent der Studien deutlich geringere Tierverluste (über alle Arten hinweg) bei der biologischen Haltung fest, 29 Prozent konstatierten keinen signifikanten Unterschied, und sechs Prozent stellten stattdessen sogar weniger Tierverluste bei der konventionellen Haltung fest.



Foto: pixabay.com

BEDEUTUNGSZUWACHS IN DER WERTHOLZPRODUKTION:

Kiefer als Mischbaumart



DIE KIEFER ALS MISCHBAUMART SOLL IN DEN NÄCHSTEN JAHREN ZUNEHMEN.

Foto: pixabay.com

Die Kiefer als Mischbaumart soll waldbaulich und auch bei der Wertholzproduktion an Bedeutung gewinnen, so das Bundesforschungsamt für Wald (BFW).

Knapp fünf Prozent beträgt der Kieferanteil am österreichischen Wirtschaftswald. Rund 20.000 ha, vor allem am Alpenostrand und in den Karawanken, sind mit Schwarzkiefern bedeckt. Die Kiefer hat weltweit die größte Ausdehnung und ist genetisch stark differenziert.

Auf sauren, trockenen, eher nährstoffärmeren Standorten ist sie im Zusammenspiel mit Laubholz eine ideale Mischbaumart. „Um die volle Amplitude der Verwendungsmöglichkeiten der Kiefer auszunutzen, ist eine frühzeitige, kräftige und seltene Durchforstung, gepaart mit einer Wertastung, zu empfehlen“, war eine der wesentlichen Empfehlungen des BFW. Als Lichtbaumart bietet die Kiefer also vielseitige Möglichkeiten für die

Entwicklung stabiler, struktureicher Mischbestände, in denen auch der Lebensraum für licht- und wärmeliebende Tier- und Pflanzenarten gesichert wird.

Zur Risikoverteilung sollte die Kiefer vermehrt in Mischung mit anderen Baumarten angebaut werden. Ihre Konkurrenzschwäche erlaubt aber keine intensiven Mischungen. Zur Sicherung der Nachfrage nach Nadelholz muss die Flächenproduktivität bei der Pflege und Nutzung der Bestände beachtet werden.

Die Kiefer ist eine Pionierbaumart mit hoher Lichtdurchlässigkeit der Krone, allerdings konkurrenzschwach bei steigender Standortsgüte, unempfindlich gegenüber klimatischen Extremen, sie hat geringe Nährstoffansprüche und ist relativ unempfindlich gegenüber Wassermangel und Wasserüberschuss. Zudem ist sie anpassungsfähig in der Durchwurzelung und sturmfest. Sie besiedelt sie Freiflächen und ist Mi-

neralbodenkeimer, hat hohe Lichtansprüche, vor allem in der Jugendphase und im Reinbestand hohes abiotisches und biotisches Risiko durch Waldbrand, Pilze und Insekten. Vor allem Kiefern-Eichen- und Kiefern-Buchen-Mischbestände bewertet das BFW als mögliche erfolgreiche Waldbaustrategie.



Foto: pixabay.com

FEUCHTGEBIETE:

Verbot von Bleimunition in der EU

Die EU-Kommission beabsichtigt, in einem ersten Schritt europaweit die Verwendung von Bleischrot in Feuchtgebieten sowie sogenannten „Pufferzonen“ in deren Umkreis zu verbieten. Das geht aus einem Newsletter des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im Europäischen Parlament (ENVI) hervor. Die Kommission stützt sich dabei auf ein Gutachten der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA).

Hintergrund sei, dass die EU-Mitgliedstaaten als Unterzeichner des Abkommens zur Erhaltung der afrikanisch-eurasischen wandernden Wasservögel zu besonderem Schutz von Feuchtgebieten verpflichtet seien. Da es „für Vollzugsbehörden schwierig sei, Jäger in flagranti zu erwischen“ müsse der Besitz von Bleischrot verboten werden. Dieser Schritt soll einem Kompletterbot von Bleimunition in der EU vorausgehen. Viele EU-Länder haben bereits ein Verbot von Bleimunition geplant oder bereits durchgesetzt.

Foto: pixabay.com

DEUTSCHER BUNDESTAG GEGEN WOLFSREDUKTION

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages sieht mehrheitlich keinen Bedarf für Maßnahmen gegen die Verbreitung des Wolfes in Deutschland. Mit den Stimmen der Grünen, der SPD, der FDP und der Linkspartei wurde die Petition, die von Betreibern eines Pferdegestütes eingebracht worden war, abgelehnt. In der Begründung verweisen die Politiker auf die geringe Zahl von Wolfsrissen in den vergangenen 20 Jahren und bezweifeln Schäden.



Foto: pixabay.com



IN DEUTSCHLAND GIBT ES WOLFSRETTUNG PER HUBSCHRAUBER: NOTWENDIG ODER TEURES HOBBY?

NIEDERSACHSEN LEISTET SICH TEURE WOLFSRETTUNG:

Hubschrauber für Wölfe

In vielen Ländern fordern Bauernverbände, Viehhalter und Jäger schon lange, dass die Zahl der Wölfe den Lebensräumen angepasst wird. Das deutsche Bundesland

Niedersachsen geht einen anderen Weg und schafft um etwa zwei Millionen jährlich einen Hubschrauber zur Rettung von verletzten Wölfen an.



DIE JAGDVERBÄNDE KONNTEN SICH GEGEN PLÄNE DER EU-KOMMISSION ERFOLGREICH DURCHSETZEN.

EU-KOMMISSION WILL KEIN JAGDVERBOT:

Jagd in Schutzgebieten

Die EU-Kommission hat ihr umstrittenes Ziel aufgegeben, auf zehn Prozent der Landfläche der Europäischen Union ein Jagdverbot durchzusetzen. Der europäische Jagdverband FACE begrüßte das Einlenken der Kommission und forderte die Politik auf, die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie mit Augenmaß und nach dem Grundsatz „Schützen durch Nutzen“ umzusetzen.

Die EU-Kommission hatte im Mai 2020 ihre Leitlinien zur Umsetzung einer Biodi-

versitätsstrategie vorgestellt. Darin war vorgesehen, dass strenge Schutzgebiete zehn Prozent der Landfläche der EU umfassen. Geplant war, dort jegliche „extraktive“ Tätigkeit - also auch den Jagdbetrieb - gänzlich zu untersagen. Darunter sollten neben Bergbau auch Jagd und Fischerei fallen. Gegen diesen Ansatz hat FACE, mit nationalen Jagdverbänden, dem Aktionsbündnis Forum Natur und vielen anderen Organisationen – letztlich erfolgreich – protestiert.

SCHWEIZER STUDIE BESCHÄFTIGT SICH MIT WOLFSBEJAGUNG:

Wolf: Abschüsse wirken

Der Abschuss schadenstiftender Wölfe kann ein Gebiet kurz- oder mittelfristig von Wolfsrissen befreien. Das ist das Ergebnis einer Studie im Auftrag der Stiftung Raubtierökologie und Wildtiermanagement (KORA). Im Abschlussbericht halten die Forscher fest, dass Gebiete, für die eine Abschussgenehmigung erteilt wurde, danach längere Zeit schadenstfrei sind.

Für die Studie analysierten die Forscher Daten zu gerissenen Nutztieren, genetische Wolfsnachweise und erteilte Ab-



schussbewilligungen von 2004 bis 2019. Sie verschnitten die Informationen mit den Ausstattungen zum Herdenschutz in den betroffenen Gebieten. Zudem untersuchten sie Zusammenhänge mit dem Sozialstatus der Wölfe, mit dem Angebot an Schalenwild als Beutetiere und mit Geländeeigenschaften. Die Schalenwilddichte ermittelten die

Wissenschaftler anhand der Jagdstrecken. Dies wirkte sich in der Studie aber nicht signifikant auf die Häufigkeit von Nutztierissen aus.

ANRAINER ALARMIERTE RETTUNGSKRÄFTE:

Waldbrand am Bachlberg

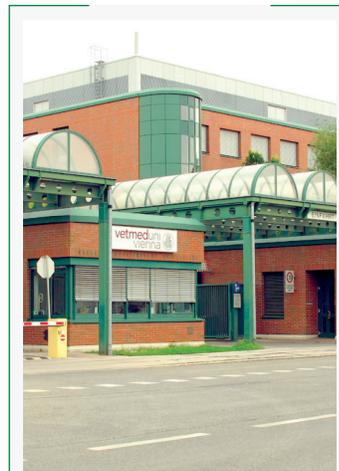
Die anhaltende Trockenheit im März sorgte in ganz Oberösterreich für Waldbrandgefahr. So brannte es beispielsweise am Linzer Bachlberg, im Grüngürtel von Linz. Ein Anwohner sah im Vorbeifahren eine Rauchentwicklung oberhalb des Linzer Stadtwanderweges. Sofort hielt er mit seinem Quad Nachschau. Er entdeckte einen bereits entwickelten Flurbrand. Eine Fläche von ca. 300m² hat zu brennen begonnen. Laub, herabgefallenes Geäst und einzelne Büsche standen bereits in Flammen. Nach Alarmierung der Feuerwehr wies der couragierte Quadfahrer

die Einsatzkräfte ein. Die vorherrschende Trockenheit und Wind erhöhte die Gefahr der Ausbreitung in Richtung des Dießenleitengrabens. Die Angerückte Berufsfeuerwehr Linz konnte, gemeinsam mit ihren Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Pöstlingberg, den Brand rasch unter Kontrolle bringen. Unterstützt wurden sie dabei von einem Drohnen-Team der Polizei. Gegen 18:30 konnte „Brand Aus“ gegeben werden, eine Brandwache muss-

te dennoch mehrere Stunden den Brandort beobachten um ein abermaliges Auf lodern von Glutnestern zu verhindern.



Foto: privat



MELANIE DAMMHAHN:

Neue Leitung an der VetmedUni

Die Biologin Univ.-Prof. Melanie Dammhahn ist die neue Leiterin des Instituts für Wildtierkunde und Ökologie an der veterinärmedizinischen Universität Wien und tritt damit in die Fusstapfen von Univ.-Prof. Walter Arnold. Dammhahn erwarb ihr Diplom in Tübingen sowie der University of Sussex.

Foto: pixabay.com

BORRELIOSE: IMPFSTOFF WIRD ENTWICKELT

Derzeit arbeiten die beiden Unternehmen Valneva und Pfizer an der Entwicklung eines Impfstoffs gegen Borreliose. An einem Test nehmen insgesamt 600 gesunde Personen bis 65 teil. Die Studie wird an Standorten durchgeführt, an denen die Lyme-Borreliose endemisch ist.



REHWILD-AUFBRUCH SORGT FÜR AUFREGUNG

Spaziergeher fanden in Kärnten im vergangenen November auf einem Forstweg den Aufbruch einer Rehgaais. Es stellte sich heraus, dass der Jagdpächter die Überreste hatte liegen lassen. Die Jäger sollten den Aufbruch im Revier so beiroden, dass solche Situationen nicht entstehen können.



Fotos (2): oben: pixabay.com, unten: wikimedia.org

FPÖ-LANDESPARTEIOBMANN MANFRED HAIMBUCHNER ÜBER D

„Geradlinie und unaufgeregte P

Der oberösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter und FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner im Gespräch mit dem „Freien Bauern“ über den freiheitlichen Erfolgsweg in Oberösterreich, geradlinige Politik und Regieren als Pflicht.

Sie sind seit nunmehr über einem Jahrzehnt Obmann der oberösterreichischen Freiheitlichen – wenn man so will, haben Sie also dort schon eine Art Ära geprägt. Was würden Sie meinen, zeichnet die FPÖ in Oberösterreich unter Ihrer Führung aus?

Die politische Arbeit der FPÖ Oberösterreich wird von zahlreichen Mitarbeitern auf unterschiedlichsten Ebenen getragen – einer davon bin ich. Ich freue mich,

dass mir die Gremien und Funktionäre seit so langer Zeit das Vertrauen schenken und mich auch beim jüngsten Landesparteitag wieder als Landesparteiobmann bestätigt haben.

Die FPÖ Oberösterreich ist eine klar positionierte bürgerlich-rechte Landesorganisation, die den Hausverstand hochhält und den

Willen sowie die Fähigkeit besitzt, Regierungsverantwortung zu tragen. Die Coronajahre haben gezeigt, dass es nicht egal ist, welche Parteien und welche Koalitionen regieren. Und es macht

einen Unterschied, ob Freiheit und Eigenverantwortung die

Leitlinien von Regierungshandeln darstellen oder ob Bevormundung und Zwang herrschen. Meine persönliche Einstellung lautet deshalb „Regieren ist Pflicht!“ – eine starke und regierungswillige FPÖ vom Gemeinderat bis zum Nationalrat.

Die Freiheitlichen in Oberösterreich sind eine Konstante in der freiheitlichen Geschichte – seit nunmehr bald sieben Jahrzehnten hat sich die FPÖ in Oberösterreich ein Kernland erhalten. Wie konnte das gelingen?

Die Menschen in Oberösterreich schätzen es, wenn man geradlinige und unaufgeregte Arbeit für das Land macht,

SEIT 2010 FÜHRT MANFRED HAIMBUCHNER DIE FPÖ OBERÖSTERREICH.



DEN FREIHEITLICHEN ERFOLGSWEG UND REGIERUNGSPOLITIK: Politik für unser Oberösterreich“

ohne viel Tamtam und dafür mit viel Weitblick.

Diese politische Arbeit betreiben wir seit jeher und das wird belohnt. Wir hatten in der Vergangenheit aber auch immer wieder das Glück, herausragende Persönlichkeiten als Parteiohleute zu haben. Ich denke da etwa an Horst Schender oder die beiden leider schon verstorbenen Hans Achatz oder Lutz Weinzinger.

Wenn Sie auf Ihre Zeit in der oberösterreichischen Landesregierung zurückblicken, worauf sind Sie besonders stolz?

Stolz ist der falsche Ausdruck, es ist viel eher ehrliche Freude, dass sich freiheitli-

che Politik in Oberösterreich so fulminant etablieren konnte.

Wir stellen zahlreiche Bürgermeister, unter anderem in der Stadt Wels, Gemeinde- und Stadträte wie etwa in der Landeshauptstadt Linz und sind ein fester Faktor in der Landesregierung. Dass daraus zahlreiche Projekte auf allen Verwaltungsebenen erwachsen sind, ist Beweis für unsere Gestaltungskraft und unserem Umsetzungswillen.

Als Beispiel nenne ich die neue Linzer Eisenbahnbrücke. Kaum jemand hat geglaubt, dass diese Brücke noch 2021 fertig sein wird. Stadtrat Hein und Landesrat Steinkellner haben gezeigt

was weitergeht, wenn die FPÖ politisch verantwortlich ist.

Sie haben letzten Herbst trotz widriger Umstände bei der Landtagswahl ein äußerst respektables Ergebnis mit der FPÖ erzielen können. Worauf führen Sie das zurück?

Die Oberösterreicher haben sechs Jahre lang gesehen, dass mit uns in der Landesregierung „etwas weitergeht“. Nach zwölf verlorenen Jahren unter Schwarz-Grün war das wie ein Befreiungsschlag für Wirtschafts-, Infrastruktur-, Familien- und Heimatpolitik. Dieses freiheitliche Engagement wurde trotz Verlusten am Wahlabend mit Platz 2 belohnt.

Die 30 Prozent im Jahr 2015 waren sicher der Ausreißer. Das Ergebnis 2021 – 19,8 Prozent – ist eines, mit dem man leben kann. Dass wir im Industriebundesland Oberösterreich in einem für uns nicht sehr sonnigen politischen Klima Zweiter geblieben sind, da ist uns schon etwas gelun-

gen. Im Erfolg himmelhochjauchend, im Misserfolg zu Tode betrübt – mir war immer bewusst, dass die FPÖ von diesen manisch-depressiven Wellen wegkommen muss.

Wenn Sie sich die aktuelle Lage vor Augen halten: Welche Antworten muss die FPÖ geben können, um weiter ein wesentlicher Faktor der österreichischen Politik zu bleiben?

Corona, Migration, EZB-Geldpolitik, Energiefragen – die Themen der Gegenwart reichen weit über Österreich hinaus und zeigen auch, dass unser Land keine Insel der Seligen ist, über die Gott seine schützende Hand hält. Wir müssen den Grad der nationalen Autarkie in lebenswichtigen Versorgungssegmenten wie Medizinbedarf und Energiesicherheit erhöhen, Freiheitsrechte stärker absichern und den Bürgern Perspektiven aufzeigen, wie ein starkes Österreich in einem starken Europa aussehen kann.

Wo glauben Sie, wird die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft in zehn Jahren stehen – zum einen in Oberösterreich, zum anderen in Österreich gesamt betrachtet?

Zehn Jahre sind in der Politik eine enorm lange Zeit, und Prognosen sind da schwierig. Heute vor zehn Jahren etwa war Faymann noch in seiner ersten Amtszeit, gefühlt ist das aber schon ein halbes Jahrhundert her. Was ich damit sagen möchte: wir sollten unsere Ziele ruhig hoch stecken, denn in der Politik ist grundsätzlich alles möglich. Und natürlich würde es mich freuen, wenn die FPÖ in Oberösterreich in zehn Jahren zum ersten Mal den Landeshauptmann und die FPÖ im Bund zu ersten Mal den Kanzler stellen würde.





VON DEN KOSAKEN BIS „NEURUSSLAND“:

Ukraine: Die Kornkammer Europas - bewegte Geschichte und schwieriges Erbe

Der Ukraine-Konflikt beschäftigt die Menschen in Europa spätestens seit dem russischen Angriff im Februar. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine reicht allerdings viel weiter zurück. Die „Kornkammer Europas“ hat in ihrer Geschichte viel erlebt.

Das heutige Territorium der Ukraine gehörte im Laufe der Geschichte zu mindestens 14 verschiedenen Staaten, darunter das Königreich Polen-Litauen, das Russische Reich, die Habsburgermonarchie und die Sowjetunion. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West gelegen, hat es sich

häufig gegen seine Nachbarn behaupten müssen.

Die Ukraine ist das zweitärmste Land Europas mit einem BIP von ca. 7.700 US-Dollar pro Kopf (2010). Sie liegt damit nur vor der Moldau, aber klar hinter Russland. Auf die Industrie entfielen 2010 31 Prozent des

BIPs, auf die Landwirtschaft neun und auf Dienstleistungen 60 Prozent.

Der Name Ukraine bedeutet „Grenzland“. Damit war die Grenze zur Steppe gemeint, die Trennlinie zwischen sesshaften und Nomaden, die bis ins 18. Jahrhundert grundlegende Bedeutung hatte. Dies

war der Lebensraum der Kosaken, die in der ukrainischen Geschichte eine herausragende Rolle spielten.

Die meisten Gebiete der Ukraine weisen fruchtbare Schwarzerdeböden auf und sind für den Ackerbau (Weizen, Mais, Sonnenblumen) ausgezeichnet geeignet.

SCHWARZERDEBÖDEN

Dazu trägt auch das gemäßigt kontinentale Klima bei. Damit ist die Ukraine eine der Hauptexporteure von landwirtschaftlichen Produkten in Europa.

Im späten 9. Jahrhundert begründeten normannische Krieger und Kaufleute, die „Rus“ genannt wurden, am mittleren Dnjepr einen Herrschaftsverband mit dem Zentrum Kiew, der nach ihnen die Bezeichnung Rus erhielt. Am Ende des 10. Jahrhunderts nahm Fürst Wladimir das Christentum an, und die Rus gehörte fortan zur Welt

DIE UKRAINE IST EXPORTLAND FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT.

Die Ukraine ist das zweitärmste Land Europas mit einem BIP von ca. 7.700 US-Dollar pro Kopf (2010). Sie liegt damit nur vor der Moldau, aber klar hinter Russland. Auf die Industrie entfielen 2010 31 Prozent des BIPs, auf die Landwirtschaft neun und auf Dienstleistungen 60 Prozent. Trotzdem exportiert die Ukraine in großem Umfang landwirtschaftliche Produkte, vor allem Weizen und Soja in viele Teile Europas.

auch „Hetmanat“ genannt. Nach einem längeren Krieg teilten sich der Moskauer Staat und Polen-Litauen im Jahre 1667 die Ukraine: Das Hetmanat am linken Ufer des Dnjepr mit Kiew als Brückenkopf fiel an Russland,

„NEURUSSLAND“

die rechtsufrige Ukraine war weiter polnisch.

Das Russische Reich war im 18. Jahrhundert eine Großmacht, die ihr Territorium ständig vergrößerte. In den drei Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) kamen nun auch die westlichen Gebiete des ehemaligen Hetmanats unter russische Herrschaft, während Galizien an Österreich fiel. Die bis dahin kaum bewohnte Südukraine, amtlich als „Neurussland“ bezeichnet, wurde von ukrainischen und russischen Bauern und von deutschen, rumänischen und südslawischen Kolonisten besiedelt. Der Begriff „Neurussland“ ist dann im Jahre 2014 von Präsident Wladimir Putin wiederbelebt worden, um russische Ansprüche auf die Ost- und Südukraine sprachlich zu untermauern.

Der Staat und die russische Gesellschaft anerkannten die „Kleinrussen“, wie ihre offizielle Bezeichnung im 19. Jahrhundert war, nicht als eigene Nation, sondern nur als Teil einer „all-russischen“ orthodoxen Nation. Als sich erneute Anfänge einer ukrai-

nischen Nationalbewegung im Zarenreich zeigten, reagierte die russische Regierung scharf.

Im Ersten Weltkrieg kämpften Ukrainer in den Heeren Österreich-Ungarns und Russlands gegeneinander. Der Krieg führte zum Zusammenbruch beider Imperien. Im Februar 1917 fegte eine Revolution den Zaren hinweg. Eine Woche später trat in Kiew eine Nationalversammlung (Rada) zusammen und forderte Autonomie für die Ukraine. Im Oktober ergriffen die Bolschewiki die Macht und setzten in Char-kiw eine Sowjetregierung ein.

Im Februar und März 1918 besetzten die deutschen und österreich-ungarischen Armeen die Ukraine und installierten eine Regierung. Das wieder „Hetmanat“ genannte Staatswesen hatte vor allem die Aufgabe, Deutschland und Österreich-Ungarn mit Getreide zu versorgen. Im Frieden von Brest-Litowsk musste die Sowjetregierung die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen. Nach der Niederlage der Mittelmächte wurde erneut die Ukrainische Volksrepublik proklamiert.

LEIDENSWEG

Galizien wurden Teil der polnischen Republik.

Die Sowjetregierung erkannte die Unabhängigkeit der Ukraine nicht an. Die gegenrevolutionären „weißen“ Armeen, die von der Entente unterstützt wurden, versuchten, das Russische Imperium wieder zu errichten und wurden von vielen Ukrainern unterstützt. Der Nationalstaat der Jahre 1918 bis 1920 nimmt im ukrainischen nationalen Narrativ einen wichtigen Platz ein. Die heutige Ukraine übernahm seine Symbole, die Währung (die Hrywnja), die blau-gelbe Flagge und die Nationalhymne.

Nach der Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 1921 und der Konsolidierung ihrer Herrschaft bauten die Bolschewiki den Sowjetstaat auf. Während der Herrschaft

Stalins wurden mehrere Millionen Ukrainer in den Gulag deportiert, von denen mindestens 500.000 ums Leben kamen.

Parallel dazu wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in wenigen Jahren gewaltsam durchgepeitscht. Das Ackerland wurde verstaatlicht, und die Bauern wurden zu Landarbeitern in den Kolchosen. Der Staat

UNABHÄNGIGKEIT

setzte die Zwangsablieferung von Getreide unbarmherzig durch und raubte den Bauern auch ihre Vorräte und das Saatgetreide. Die Folge war eine schreckliche Hungersnot, der in den Jahren 1932/33 etwa drei Millionen ukrainische Bauern zum Opfer fielen. In der unabhängigen Ukraine wurde der Holodomor (Hungertod) zum wichtigsten Gedächtnisort ukrainischer Leidensgeschichte.

Die Ukraine war später einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkriegs, der unermessliches Leid mit sich brachte. Im Ganzen kamen zwischen 6,5 und 7,5 Millionen ihrer Bewohner, mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, ums Leben.

Teile der westukrainischen Bevölkerung betrachten den Zweiten Weltkrieg als antisowjetischen Befreiungskrieg und seine Anführer als Helden. So werden bis heute die Angehörigen der „Ukrainischen Aufständischen Armee“ (UPA), die noch bis 1956 einen Guerillakrieg gegen die Sowjetunion führte, als Nationalhelden verehrt.

Wie in den meisten anderen Sowjetrepubliken erklärte die Ukrainische Republik im Juli 1990 ihre Souveränität und am 24. August 1991, nach dem gescheiterten Putsch reaktionärer Kräfte in Moskau, ihre Unabhängigkeit und den Austritt aus der Sowjetunion. Am 1. Dezember 1991 stimmten in einem Referendum 90 Prozent der Bevölkerung dafür und wählten gleichzeitig Leonid Krawtschuk zum ersten Präsidenten der Ukraine.



Foto: freepik.com

des Byzantinischen Reiches und der Orthodoxen Kirche. Im Rahmen der katholischen Reform wurden die Orthodoxen Polen-Litauens 1596 in der Union von Brest der römischen Kirche unterstellt. Viele Orthodoxe widersetzten sich der Union und erreichten schon nach kurzer Zeit die Wiederbelebung der Orthodoxen Kirche. Dies ist eine der großen historischen Konfliktlinien in der Ukraine. An der Grenze zur Steppe formierten sich im 16. Jahrhundert aus entlaufenen Bauern und Abenteurern die Kosakenheere. Diese kriege-

KOSAKENSTAAT

rischen Verbände errichteten eine auf Gleichheit beruhende militärdemokratische Ordnung. Der Ring oder Rat aller Kosaken wählte ihren Anführer, den Hetman oder Ataman, und fällte die wichtigsten Entscheidungen. Der Kosakenstaat wurde daher



KOMMENTAR
Herwig Mahr

WEG MIT DEM GREEN DEAL

Um die von der EU aufgezwungene Klimaneutralität 2050 zu erreichen, wurde der sogenannte European Green Deal ins Leben gerufen. Darin enthalten sind zahlreiche, teils utopische Verpflichtungen, welche auch die Landwirtschaft massiv treffen wird. Sollten diese Pläne tatsächlich umgesetzt werden, würde das für unsere heimische Landwirtschaft nichts Gutes bedeuten – ganz im Gegenteil. Im Green Deal wird etwa vorgeschrieben, dass Landwirte um 50 Prozent weniger chemischen Pflanzenschutz und 25 Prozent weniger Kunstdünger verwenden dürfen. Was auf den ersten Blick für den Endverbraucher gut klingen mag, wird sich in der Praxis als massiver Stolperstein herausstellen. Denn leistbare Alternativen werden von der EU im Gegenzug nicht geboten. Bereits nach jetzigem Wissensstand wird die EU mit ihrem Green Deal laut Experten zehn bis 20 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion vernichten. Dadurch sind Existenzen bedroht, die regionale Lebensmittelversorgung wird nahezu unmöglich und es kommt zu einem Verlust von 140 Milliarden Euro Produktionswert. Diese Art der Klima- und Landwirtschaftspolitik ist nicht zu Ende gedacht und schlichtweg unverantwortlich! Sie wird den Todesstoß für unsere heimische Landwirtschaft bedeuten. Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um diese höchst fahrlässige Vorgehensweise zu verhindern.



Foto: freepik.com

DISKUSSION UM DEN
EINHEITSWERT WIRD
BEREITS SEIT EINIGEN
JAHREN GEFÜHRT.

HAUPTFESTSTELLUNG SOLL BEDINGUNGEN ABBILDEN:

Einheitswerte und Klima

Der land- und forstwirtschaftliche Einheitswert stellt einen Ertragswert dar, im Gegensatz zum Verkehrswert – das ist jener Preis, der bei der Veräußerung einer Sache üblicherweise erzielt wird. Der als Ertragswert ausgebildete Einheitswert stellt somit einen steuerlichen Wert dar, der über die Ertragsfähigkeit eines Betriebes Auskunft geben soll.

Bei der letzten Hauptfeststellung 2014 kam es zu einer gesamthaften Neubeurteilung der Ertragsfähigkeit der Betriebe. In den zur Hauptfeststellung erlassenen Bewertungsrichtlinien erfolgte eine Neugewichtung der wesentlichen Ertragskomponenten unter Berücksichtigung von regionalwirtschaftlichen Verhältnissen (z.B. regionale Lage, Vermarktungsverhältnisse etc.) und betrieblichen Verhältnissen (z.B. Größe der Feldstücke, Geländeneigung,

NEUGEWICHTUNG

Betriebsgröße etc.). Seit der Hauptfeststellung 2014 ist zu beobachten, dass sich vor allem die klimatischen Verhältnisse wesentlich verändert haben. Die letzten Jahre haben gezeigt, welche schwerwiegenden Einfluss klimatische Extremwetterereignisse auf die Land-

und Forstwirtschaft gehabt haben bzw. weiterhin haben werden. Daher soll sich die nächste Hauptfeststellung zum 1. Jänner 2023 auf die Anpassung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens an die aktuellen regionalen klimatischen Verhältnisse konzentrieren. Da die bisherigen Hauptfeststellungen erhebliche Spitzen in der administrativen Tätigkeit verursacht haben, ist außerdem ab 2032 geplant, dass an die Stelle der periodisch durchzuführenden Hauptfeststellung eine „rollierende Bewertung“ treten soll. Durch diese geplante Reform der gesetzlichen Grundlagen kommt es jedenfalls nicht zu einer Abschaffung der

regelmäßigen Neubewertung, so wie die Arbeiterkammer zuletzt kritisiert hatte. „Jeder, der sich mit der Einkommenssituation der bäuerlichen Familienbetriebe gemäß Grünem Bericht und der Realität auf unseren Höfen auseinandersetzt, weiß,

EINKOMMENSITUATION

dass alles andere als eine Goldgräberstimmung in der Landwirtschaft herrscht. Umso mehr erzürnt uns, dass mit der Diskussion um die Einheitswert-Hauptfeststellung wieder einmal eine vollkommen unangebrachte Neiddebatte angeheizt wird“, betont Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident Josef Moosbrugger.



HAUPTFESTSTELLUNG
HEIZT UNANGEBRACHTE
NEIDDEBATTE AN.

Foto: freepik.com

NEUE FUNKTIONSPERIODE MIT GMEINER:

Neuer Präsident der OÖ-Weinbauern gewählt

Am 22. März 2022 wurde bei der Generalversammlung des Landesweinbauverbandes OÖ Mag. (FH) Leonhard Gmeiner als neuer Präsident gewählt.

Er folgt ÖR Ing. Karl Eugen Velechovsky nach, der sein Amt nach 20-jähriger Aufbauarbeit in jüngere Hände übergab. Velechovsky gilt als Begründer des oberösterreichischen Weinbaus und der oberösterreichischen Weinkultur und wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der Schwerpunkt

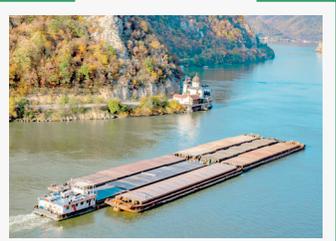
der öö. Winzer liegt in der Produktion von fruchtig-frischen Weißweinen.

Leonhard Gmeiner, Vertreter des Mühlviertels, stehen aktuell als Vizepräsidenten zur Seite: Lukas Schiefermair für das Traunviertel, Karl Ferdinand Velechovsky für den Zentralraum, Armin Kienesberger für das Hausruckviertel und Wolfgang Költringer für das Innviertel.

Derzeit sind 45 Winzer Mitglied beim Landesweinbauverband OÖ. Sie bewirtschaften 99,8 Hektar Rebflächen.



Foto: freepik.com



EXPORTE SIND GESTIEGEN:

Agrarprodukte wieder gefragt

Aufgrund der Lieferausfälle aus der Ukraine und Russland greifen vor allem die Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika auf europäische Agrarrohstoffe wie Getreide und Mehl zurück. Damit werden die Preise befeuert und vor allem Mischfutterwerke sind mit Lieferengpässen konfrontiert. Damit zeichnen sich für die nächste Zeit ein höheres Niveau stabilisierte Erzeugerpreise ab.

Foto: freepik.com



KOMMENTAR

Arthur Kroismayr

DIE TEUERUNGSWELLE ROLLT

Viele Konsumenten stöhnen unter den gestiegenen Lebensmittelpreisen und zweifelsohne stellt dies für einkommensschwache Schichten eine Belastung da. Wenn Endprodukte teurer werden, sollten eigentlich auch Rohstoffpreise steigen. In Krisenzeiten steigern rohstoffbasierte Unternehmen ihre Gewinne in teils astronomischen Höhen. So hat die staatliche OMV ihren Gewinn 2021 verdoppelt und für 2022 sind weitere große Steigerungen zu erwarten. Ein großer deutscher Düngemittelkonzern konnte 2021 seinen EBITDA (entspr. in etwa dem Gewinn vor Steuern) um das 3,5-fache auf fast eine Milliarde (!) Euro steigern, eine Umsatzverdopplung für 2022 wird dem Konzern vorhergesagt. Auch die heimische Sägeindustrie konnte den Umsatz 2021 deutlich steigern und die Wertschöpfung aufgrund hoher Schnittholzpreise kräftig steigern. So stieg der Preis für Schnittholz 2021 um etwas mehr als 20% an während der Rundholzpreis nur gut 10% wuchs. Das gleiche Rechenbeispiel könnte man hier für Milch und Fleisch anführen. Wir Bauern gehören leider nicht zu jenen Rohstoffproduzenten die auch etwas von höheren Preisen haben. Im Gegenteil, die leichten Steigerungen bei den Erlösen können niemals die extrem gestiegenen Energie- und Betriebsmittelkosten aufwiegen. Wieder einmal zeigt sich wie wahr ein altes Sprichwort ist: „An der Landwirtschaft wird mehr verdient als mit ihr.“

GREEN DEAL UND UKRAINE-KRIEG BEDROHEN BAUERN:

Resolutionen der letzten Vollversammlung der LK OÖ

Die letzte Vollversammlung der LK OÖ im März beschäftigte sich neben den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Preisentwicklung von Betriebsmitteln, unter anderem auch mit dem EU Green Deal und der ökosozialen Steuerreform.

Mit dem aktuellen Ukraine-Krieg zeichnet sich für die nächste Zeit eine dramatische Zuspitzung der weltweiten Versorgungslage bei Lebensmitteln ab. Gleichzeitig will aber die EU an ihren Plänen im Rahmen des Green Deal festhalten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Zuspitzung der Versorgung mit Lebensmitteln und Energie ist die EU-Kommission mit Nachdruck aufgefordert, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Die Vollversammlung der LK OÖ fordert die Bundesregierung in einer mehrheitlich beschlossenen Resolution

auf, sich angesichts der aktuellen Krisensituation mit Nachdruck für den Verzicht auf die Vorlage der angekündigten Verordnungsvorschläge einzusetzen. Zudem ist aktuell ein Großteil der heimischen bäuerlichen Familienbetriebe mit einer angespannten wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Insbesondere tierhaltende Betriebe waren zuletzt mit massiven Kostensteigerungen in den

Bereichen Futter-, Düngemittel, Strom, Diesel, Maschinen und Geräte sowie im Stallbau konfrontiert, die sich nicht in entsprechend höheren Erzeugerpreisen niedergeschlagen haben. Die LK-Vollversammlung fordert daher von den Lebensmittelverarbeitern und insbesondere vom Lebensmittelhandel raschere Anpassungen bei den Erzeugerpreisen für Fleisch, Milch und Eier.



Markteinstellung der Bauern in der Lebensmittelproduktionskette...

INTERNATIONALER MUSEUMS-TAG IM ATARHOF

Vom 7. bis 15. Mai bietet das Museum im Atarhof in Attersee eine Aktionswoche unter anderem mit einem Workshop in Pfahlbau mit Prähistorischen Garten an. Die Woche bietet Archäologie zum Mitmachen. Infos: www.archaeofreunde.at



MONTAGSMARKT IN KIRCHDORF AN DER KREMS

Klein aber fein präsentiert sich der Montagsmarkt am Hauptplatz in Kirchdorf an der Krems. Regionales Obst & Gemüse, frisches Fleisch, Käse, Pflanzen u.v.m. kann an den Verkaufständen jeden Montag (außer an Feiertagen) erworben werden.



KRÄUTERWANDERUNG IN BAD SCHALLERBACH

Es gibt viele Kräuter, die uns durch ihre Inhaltsstoffe vor Krankheiten bewahren oder Beschwerden lindern können. Am 10. Mai findet in Bad Schallerbach eine Kräuterwanderung statt, die Anfängern Kenntnisse vermittelt. Infos: www.vitalwelt.at



Fotos (3): oben: Freunde des Atarhof, mitte/unten: pixabay.com
Foto: privat

GUTES AUS DER ÖSTERREICHISCHEN KÜCHE



Lammeintopf

Zutaten (für 4 Personen):

½ kg Lammschulter
1 Zwiebel
½ Weißkrautkopf
1 kleine Knolle Sellerie
½ kg Karotten
1 roten Paprika
5 Knoblauchzehen
3 EL Öl
100 ml Wasser
Salz
Pfeffer
3 Lorbeerblätter
Lammgewürz
Rosmarin

Zubereitung:

Die Lammschulter in etwa zwei Zentimeter große Stücke schneiden. Zwiebel und Knoblauch schälen und fein hacken. Den halben Krautkopf waschen, Strunk entfernen und in Streifen oder Stücke schneiden.



Karotten und Sellerie schälen und in kleine Würfel schneiden. Den Paprika in Rauten schneiden. Zwiebel und Fleischstücke in Öl kurz anbraten, dann das Gemüse hinzugeben und mit Wasser ablöschen.

Mit Salz, Pfeffer, Lammgewürz, Rosmarin, Lorbeerblättern und Knoblauch würzen. Den Lammeintopf bei mittlere Hitze zugedeckt etwa eine Stunde schmoren lassen.

Wir wünschen guten Appetit!



LINKS UND RECHTS DES WEGES IN DER NATUR:

Das echte Duftveilchen

Das Duftveilchen oder auch „echtes Veilchen“ wird in unserer Heimat eher gerochen als gesehen. In lichten Laubwäldern und an schattigen Wegrändern findet man das blaue Blümchen mit dem starken Duft, der zu früheren Zeiten das Markenzeichen keuscher, wohlzogener junger Damen war. In der Volksheilkunde werden



Veilchen gegen Augenleiden, Hautkrankheiten und vor allem Husten verwendet. Neben den süßen Blüten können auch die Blätter verwendet werden. Sie duften zwar nicht, enthalten aber viele Vitamine. Die einfachste Verwendung der Blüten ist, sie als Aromaspender auf vanillehaltige Topfenspeisen zu streuen.

Foto: pixabay.com

Foto: freepik.com

GESCHICHTE UNSERER REDEWENDUNGEN:

Warum „Meister Lampe“?

Woher kommt die Bezeichnung des Hasen als „Meister Lampe“? Vorlage war die niederdeutsche Fassung „Reynke de Vos“ von 1498. Darin tragen die Tiere männliche Vornamen, die auch heute noch weit verbreitet sind: Reineke (der Fuchs), Isegrim (der Wolf), Grimbart (der Dachs) und Lamprecht (der

Hase) – abgekürzt Lampe. Dabei werden „Meister Lampe“ in der Fabel bestimmte Charaktereigenschaften zugeschrieben: so erscheint er zumeist sehr ängstlich und vorsichtig, ist mitunter aber auch vorlaut und übermütig. Dadurch bleibt für den Leser immer klar, wie er sich in Fabeln, Märchen und Sagen verhalten wird.



VOM MARIENMONAT BIS ZUM MAIBAUM GIBT ES REICHES BRAUCHTUM:

Brauchtum in Oberösterreich: Der Mai und Pfingsten eröffnen den Sommer

Mit den Eiseheiligen Mitte Mai ist die winterliche Kälte endgültig vorbei und die Bräuche verlagern sich wieder ins Freie, weil die Natur wieder erwacht.

Zu Ehren der Gottesmutter Maria finden im „Marienmonat“ Mai an jedem Abend Andachten statt. In manchen katholischen Kirchen schmückt man dafür Mai-Altäre mit Blumen und Marienstatuen. In den ländlichen Gegenden versammelte man sich den ganzen Mai über abends zum Rosenkranz-Beten.

Neben dem Monat Oktober ist auch der Marienmonat Mai in besonderer Weise

der Mutter Jesu gewidmet. Maiandachten in den großen Pfarrkirchen wie auch in Kapellen oder bei Marterln in freier Natur schöpfen aus dem reichen Schatz der Marienlieder und Mariengebete. Das wohl markanteste Zeichen, das mit dem fünften Monat unseres Kalenders verbunden ist und dem dritten Monat des altrömischen Kalenders, ist der Maibaum. Den Maibaum, der sinnbildlich für alles Werden und Fruchtragen eine Lebensrute darstellt, dürfte es vor dem Mit-

telalter noch nicht gegeben haben. Erste Belege dafür findet man im Jahr 1230, wo es die Aufgabe der oberen Bürgerschaft war, einen Baum aufzustellen und zu schmücken. Erst später übernahmen Burschengruppen diesen Brauch, wobei schon damals das Stehrecht galt!



Foto: pixabay.com



SCHLUSS MIT KUSCHELKURS:

Asylpolitik muss sich ändern

Die FPÖ setzt sich nach der Vergewaltigung in Linz bei der Bundesregierung für ein umfassendes Maßnahmenpaket ein. Nach Ansicht von FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr soll es nach dieser Gräueltat, die sich nahtlos in die Liste von Übergriffen reiht, ein Maßnahmenpaket „zur Abwendung von Übergriffen durch kriminelle Schutzsuchende geben.“ Gefordert wird im Antrag unter anderem die engmaschigere Kontrolle.

35. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER FPÖ OBERÖSTERREICH IN LINZ:

Manfred Haimbuchner mit 93,4 % bestätigt



Foto: FPÖ Oberösterreich

Beim 35. Ordentlichen Landespartei tag der FPÖ Oberösterreich wurde Manfred Haimbuchner in seiner Funktion als Landesparteiobmann zum vierten Mal von den Delegierten mit 93,4 Prozent in seinem Amt bestätigt.

Manfred Haimbuchner ist der siebte Landesparteiobmann der FPÖ Oberösterreich und übt diese Funktion seit April 2010 aus. Unter den rund

500 Anwesenden im Linzer Design Center konnte Haimbuchner nicht nur FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl, sondern auch den III.

Nationalratspräsident, Ing. Norbert Hofer, sowie unter anderem den Staatssekretär a. D. MMag. DDr. Hubert Fuchs, den ehemaligen Landesparteiobmann, Volkswalt a. D. Horst Schender sowie aus den Bundesländern LAbg. Wolfgang Seidl aus Wien, Bundesrat Andreas

Spanring aus Niederösterreich sowie Bundesgeschäftsführer Ing. Joachim Stamper begrüßen.

„Es ist dies mein fünfter Landespartei tag als Landesparteiobmann und es ist mir eine Ehre, hier stehen zu dürfen. Es ist eine Ehre, aber auch eine Verantwortung – gegenüber unseren Funktionären, gegenüber unseren Wählern, gegenüber unserer Heimat. Es ist eine Verantwortung in ganz schwierigen Zeiten“, dankte Haimbuchner am Beginn seiner Rede den anwesenden Delegierten im Linzer Design Center, dass sie diese Verantwortung mittragen. Haimbuchner betonte etwa die Notwendigkeit, weiter Gas aus Russland zu beziehen und, dass sich der „scharfkantige“ Bundespartei chef Herbert Kickl und der „gemütlichere“ Manfred Haimbuchner mit Sicherheit durch die Medien nicht auseinanderdividieren lassen würden.



KOMMENTAR

Manfred Haimbuchner

KONSEQUENTE ABSCHIEBUNGEN

Die versuchte Vergewaltigung durch vier Asylanten aus Afghanistan und dem Iran zeigt deutlich, wovon die FPÖ bereits seit Jahren warnt: Gescheiterte Integration lässt die Kriminalität explodieren und gefährdet die Sicherheit. Die Vergewaltigung ist ein weiterer unüberhörbarer Weckruf an alle Integrations-Tagträumer. Die Integration ist nicht nur gescheitert, sie hat in großen Teilen gar nicht stattgefunden. Internationale Verpflichtungen dürfen uns nicht länger davon abhalten, wirksam gegen kriminelle Gefährder aus fernen Ländern vorzugehen. Leider kann Österreich derzeit aus formalrechtlichen Gründen niemanden nach Afghanistan abschieben, aber ich bin nicht bereit, diese Schwerstkriminellen hierzubehalten oder sie auf Kosten des Steuerzahlers bei uns durchzufüttern. Wenn die EU und die UNO dubiose Migrationspakete schließen, durch die Europa mit Terroristen und Kriminellen geflutet wird, dann sollen sie sich auch um die Früchte ihrer Arbeit kümmern und diese Straftäter unter internationaler Aufsicht in Brüssel oder anderswo verwahren. Es gibt echte Vertriebene, wie ukrainische Frauen und Kinder, und es gibt Schwerstkriminelle, die die europäische Gutmütigkeit und Naivität ausnutzen. Wir müssen deshalb mit dem Schwert des Rechtsstaats eine klare Trennlinie zwischen Vertriebenen und Kriminellen ziehen und jedem die Behandlung zukommen lassen, die er verdient.

PREISSPIRALE BEI ENERGIE- UND TREIBSTOFFKOSTEN:

Kostenlawine sofort stoppen



Foto: pixabay.com / Collage: DFB

Mit ihrer fehlgeleiteten Politik hat die schwarz-grüne Regierung eine soziale Krise angefacht. Die Teuerung hat per Ende Februar einen Wert von fast sechs Prozent erreicht.

Der Krieg in der Ukraine hat diese Entwicklung weiter verschärft. Nach aktuellen Berechnungen beträgt die Inflationsrate bereits über sechs Prozent. Gestiegene Preise für Energie, Treibstoffe und Wohnen stellen die Österreicher vor gewaltige Probleme. Wir protestieren gegen

die Belastungspolitik dieser Bundesregierung und fordern ein echtes Entlastungspaket mit Preisobergrenzen und Senkung der Steuern für Treibstoff, Energie und Grundnahrungsmittel, Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes sowie automatischer Inflationsanpassung

aller Sozialleistungen. Auch die Senioren brauchen spürbare Entlastungen. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen – etwa bei Nahrungsmitteln – bemerkbar und wird dort weiter anwachsen. Anstatt gegenzusteuern, facht die schwarz-grüne Regierung die Teuerung durch die öko-ASOZIALE Steuerreform weiter an. Die beschlossene CO₂-Abgabe soll im Juli in Kraft treten und wird Benzin und Diesel um weitere knapp zehn Cent pro Liter teurer machen. Trotz der explodierenden Preise halten vor allem die Grünen eisern an diesem Anschlag auf die Brieftaschen der Österreicher fest, der in den folgenden Jahren sogar noch ausgeweitet werden soll.

JÄHRLICH ÜBER 1.000 KONTROLLEN UND RUND 350 ÜBERPRÜFUNGEN:

Roadmap 27: Ausblick auf Schwerpunkte im Brücken- und Tunnelbau in OÖ

Mit dem 2020 erarbeiteten OÖ-Plan für die Mobilitätsinfrastruktur wurden für die nächsten Jahre zusätzliche 219 Mio. Euro für diverse Projekte gesichert.

„Damit ein funktionierendes Brücken- und Tunnelnetz zur Verfügung gestellt werden kann, sind kontinuierliche und wiederkehrende Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen unerlässlich. In Oberösterreich werden jährlich deutlich über 1.000 Kontrollen und rund 350 Überprüfungen von Landesstraßenbrücken vorgenommen, um die Mobilität sicherzustellen zu können“, so Infrastruktur-Landesrat

Günther Steinkellner. „Maßnahmen in den heimischen Infrastrukturausbau sind gut investiert. Sie beleben die heimische Konjunktur in doppelter Hinsicht. Im langjährigen Schnitt gehen rund 80 Prozent aller Aufträge an oberösterreichische Unternehmen. Etwa 19 Prozent der Beauftragungen gehen an österreichische Firmen und weniger als ein Prozent an ausländische Unternehmen. Darüber hinaus profitieren gerade die heimischen Betriebe von einer gut ausgebauten

und auch gut instandgehaltenen Infrastruktur“, unterstreicht Steinkellner. In OÖ gilt es am Landesstraßennetz 3.045 Brückenbauwerke, 29 Landestunnel, 282 Ampelanlagen, 52 Pumpwerke, 115 Glättefrühwarnsysteme Instand zu halten und zu kontrollieren.



Foto: Land Oö



FPÖ-KLUBOBMANN HERWIG MAHR SETZT SICH MIT SEINEM TEAM IM LANDTAG GEGEN DIE TEUERUNGSWELLE EIN.

Foto: Oe

LANDTAGSAUSSCHUSS KOORDINIERT EXPERTENRUNDE:

Forderungen gegen Teuerung

Die Teuerungswelle hält weiter an. Die Bundesregierung hat zwar erste Maßnahmen angekündigt, aus freiheitlicher Sicht werden aber weitere folgen müssen.

Darum hat der Landtagsausschuss mit namhaften Experten beraten, wie dieser Entwicklung bestmöglich entgegenwirkt werden kann. „Wir haben vereinbart, gemeinsam einen Forderungskatalog zu erarbeiten. Denn die Bundesregierung hat noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die durch die EU-Kommission

im konkreten Zusammenhang ermöglicht wurden“, so FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr. „Keinesfalls dürfen Maßnahmen getroffen werden, die unseren Wirtschaftsstandort und in weiterer Folge auch unsere Bevölkerung noch mehr in die Enge treiben. Nun gilt es, mit kühlem Kopf an den richtigen Schrauben zu drehen, um den Kostenanstieg rasch abzufedern“, unterstreicht Mahr abschließend, dass jedenfalls die Aussetzung der geplanten CO2-Bepreisung notwendig ist, um die damit einhergehende massive Belastung der Bevölkerung noch rechtzeitig abzuwenden.

Fotos (3): wikimedia.org, pixabay.com



MEDIEN UND BUNDESREGIERUNG UNBELIEBT WIE NIE:

Vertrauen verspielt

Die Corona-Politik und die Berichterstattung darüber in den Medien haben das Vertrauen in die Regierung und die Medien heftig erschüttert. Das ergab eine aktuelle Umfrage des Gallup Instituts. So sank die Zustimmung zu den Corona-Maßnahmen der Regierung von zunächst 88 Prozent im März 2020 auf mittlerweile 37 Prozent. Eine echte Ohrfeige gab es für den ORF: Nur noch 26 Prozent gaben den öffentlich-rechtlichen Staatssender als wichtigste Informationsquelle an.

Foto: freepik.com

VIELE VERTRIEBENE AUS DER UKRAINE:

Nur echte Flüchtlinge

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Österreich ahumanitäre Hilfe leistet. Das Europarecht zieht jedoch eine scharfe Trennlinie zwischen schutzbedürftigen Menschen und jenen Migranten, die illegal und durch unzählige sichere Drittstaaten ins Herz Europas kommen, um sich Asyl zu erschleichen und unsere



Foto: freepik.com

INNVIERTLER VOLKSKUNDEHAUS ZEIGT SELTENES

Entdecken Sie bei einer Kuriositätenführung am 10. Mai neue Facetten des Innviertler Volkskundehauses. Fraisbeten, Breverl und Totenkronen - noch nie davon gehört? Dort erzählt man die oft skurril anmutenden Geschichten dahinter.



GESCHICHTEN AUS DEM WIENER WALD IN LINZ

Im Linzer Schauspielhaus wird im Mai das Volksstück „Geschichten aus dem Wienerwald“ von Ödön von Horváth aufgeführt. Es wurde 1931 uraufgeführt und bis heute mehrfach verfilmt. Infos unter www.landestheater-linz.at



VOLLMOND-WANDERUNG IN HAIBACH OB DER DONAU

In Haibach an der Donau finden ab Mai wieder regelmäßige Mondschein-Wanderungen an der Donauschlinge statt. Fährfahrt bis Innzell, Wanderung am Ciconia Weg (8 km) und Schlögenger Ausblick. www.donauschlinge.at



Foto: freepik.com



ENTLASTUNG FÜR ÖSTERREICH – JETZT! KOSTENLAWINE STOPPEN!

Mit ihrer völlig fehlgeleiteten Politik hat die schwarz-grüne Bundesregierung eine soziale Krise von ungeahntem Ausmaß angefacht. Die Teuerung hat per Ende Februar einen Wert von fast 6 Prozent innerhalb nur eines Jahres erreicht. Derartige Inflationsraten hat Österreich seit rund 40 Jahren nicht mehr gesehen. Der Krieg in der Ukraine hat diese Entwicklung weiter verschärft.

Kostenexplosion für Verbraucher stoppen

Die Inflation schlägt dabei vor allem bei jenen Gütern zu, die für die Bürger unverzichtbar sind. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen – etwa bei Nahrungsmitteln – bemerkbar und wird dort durch die gestiegenen Kosten für Produktion und Transport von Gütern weiter anwachsen.

Staat profitiert von steigenden Preisen

Der größte Profiteur der Teuerung ist der Staat. Durch die Mehrwertsteuer schneidet der Finanzminister bei jeder Preissteigerung kräftig mit. Der Regierung kommt die Inflation gar nicht ungelegen, hat sie den Staat doch in den letzten beiden Jahren massiv neu verschuldet, indem sie milliardenschwere Hilfspakete für die Kosten völlig unwirksamer Lockdowns geschnürt hat,

anstatt die Unternehmer und Arbeitnehmer weiter arbeiten zu lassen.

CO₂-Abgabe muss rückgängig gemacht werden

Anstatt endlich gegenzusteuern, facht die schwarz-grüne Regierung die Teuerung durch die öko-ASOZIALE Steuerreform weiter an. Die beschlossene CO₂-Abgabe soll im Juli in Kraft treten und wird Benzin und Diesel um weitere knapp 10 Cent pro Liter teurer machen. Trotz der explodierenden Preise halten vor allem die Grünen eisern an diesem Anschlag auf die Brieftaschen der Österreicher fest, der in den folgenden Jahren sogar noch ausgeweitet werden soll.

Statt sich um Österreich und seine Menschen zu kümmern, agiert

die schwarz-grüne Bundesregierung in gewohnter Manier herzlos und abgehoben. Erhöhen wir mit dieser Petition gemeinsam den Druck auf diese Regierung und fordern sie auf, diese Kostenlawine endlich zu stoppen und die unverhältnismäßige Belastung der österreichischen Bevölkerung zu beenden.

Unterschreiben Sie deshalb gleich hier oder auf stopp.kostenlawine.at!



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

**JETZT DIE PETITION UNTERZEICHNEN:
STOPP.KOSTENLAWINE.AT**

ENTLASTUNG FÜR ÖSTERREICH – JETZT! KOSTENLAWINE STOPPEN!

Name	Adresse	Geb. Datum	Unterschrift	Zusendung von Info-Material*
				<input type="radio"/> SMS (Handynummer) <input type="radio"/> E-Mail (Adresse)
				<input type="radio"/> SMS (Handynummer) <input type="radio"/> E-Mail (Adresse)
				<input type="radio"/> SMS (Handynummer) <input type="radio"/> E-Mail (Adresse)

Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Petition „Kostenlawine stoppen“ verarbeitet werden. Diese Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden.
 *) Hiermit stimmen Sie zu, dass die FPÖ oder ihre Partnerorganisationen Ihnen Informations- bzw. Werbematerial über den oder die ausgewählten Kommunikationskanäle zusendet. Dieses Service kann kostenlos jederzeit wieder abbestellt werden. Genaue Informationen dazu erhalten Sie auf www.fpoe-ooe.at/datenschutz. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular an: Freiheitliche Partei, Landesgruppe Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 LINZ